

KERNPUNKTE FÜR DEN „GROSSEN BOGEN“ DER VERTEIDIGUNG UM 10.30 UHR.

1. Der zentrale Vorwurf, dass die Krise in der bestehenden Finanz- und Wirtschaftsordnung System hat, geht davon aus, dass es eine Ordnung gibt, die keine Anfälligkeit für Krisen besitzt. Das ist ein Irrtum. Dynamische Märkte beinhalten immer das Risiko der Krise. Die Alternative wäre der totale Stillstand, mit unabsehbaren Wohlstandsverlusten.
2. Die Anklage ignoriert völlig, welchen substantiellen Beitrag die Finanzmärkte in den vergangenen Jahrzehnten zur globalen Wohlstandssteigerung beigetragen haben. Einen Beitrag, der den Lebensstandard nicht nur in den etablierten Industriestaaten enorm gesteigert hat, sondern auch und gerade in ehemals armen und unterentwickelten Ländern, die in den Status von Schwellenländern aufgestiegen sind. Finanzinnovationen wie die verschiedenen Formen der Derivate dienen und dienen natürlich dem Zweck, den Gewinn der Banken zu mehren; so ist das nun mal im marktwirtschaftlichen System. Sie haben aber auch wesentlich dazu beigetragen, das rasante Wachstum der Weltwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten zu finanzieren.
3. Desgleichen ist der Vorwurf zurück zu weisen, die deutschen Regierungen hätten zugunsten der Finanzmarktakteure und zulasten der unteren Einkommensschichten Umverteilung betrieben. Es ist in der Tat unbestreitbar, dass die Vermögensverteilung in den vergangenen Jahren zunehmend ungleicher geworden ist. Doch hierbei handelt es sich um ein globales Phänomen aller Industrieländer, keineswegs um ein rein deutsches. Die wesentliche Ursache liegt in dem zusätzlichen Arbeitsangebot durch die Schwellenländer, das vor allem einen starken Druck auf die unteren Lohnbereiche in den alten Industrieländern ausgeübt hat. Diesen Realitäten mussten sich auch die deutschen Gewerkschaften beugen. Die Alternative wäre ein weiteres Abwandern von Unternehmen und der Verlust weiterer Arbeitsplätze gewesen.
4. Gänzlich daneben geht der Vorwurf einer Komplizenschaft zwischen den Banken, in Sonderheit der Deutschen Bank, und der Regierung, zu Lasten der Demokratie. Eine Krise dieses Ausmaßes kann nur in enger Kooperation zwischen dem Geldgewerbe und dem Staat gemeistert werden. Dies kann auch nicht auf dem offenen Markt geschehen, sondern bedarf wegen der Sensibilität der Finanzszenen einer gewissen Diskretion. Es ist, ganz im Gegenteil, festzustellen, dass Bundesregierung und Geldgewerbe nach Ausbruch der Krise auf geradezu vorbildliche Weise zusammen gearbeitet haben. Einen wesentlichen Anteil am Gelingen hatte der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann.
5. Es erscheint mir allzu billig und allzu schlicht, die Finanzwirtschaft als einen der Hauptschuldigen für die großen, unbestreitbaren und ungelösten Probleme der Welt haftbar zu machen. Wesentliche Faktoren, die verantwortlich sind für die „Zerstörung ökologischer Lebensgrundlagen“ oder die Armut in weiten Teilen der Welt werden einfach ausgeklammert.

Ist nicht das explosionsartige Wachstum der Menschheit die Hauptursache für die unverantwortliche Ausbeutung der natürlichen Ressourcen? Fehlt es nicht nach wie vor weiten Teilen der Bevölkerung, in den hochentwickelten wie in den unterentwickelten Staaten, an der Bereitschaft, zur Schonung der Ressourcen Verzicht zu üben? Scheitern nicht viele der Armutsstaaten, vor allem in Afrika an der Unfähigkeit und Korrumpierbarkeit ihrer Regierungen?

6. Genauso wenig überzeugt die Anklage, wenn sie die Finanzbranche für die Krise der sozialen Sicherung verantwortlich macht. Auch dies ist eine unzulässige, monokausale Betrachtungsweise. Der Sozialstaat erweist sich inzwischen als überfordert, weil die Ansprüche an staatliche Alimentierung über die Jahrzehnte hinweg immer größer geworden sind; weil immer weniger Wertschöpfer immer mehr Leistungsempfänger zu finanzieren haben; weil die Politiker mit Blick auf die nächsten Wahlen davor zurück schrecken, das Leistungsspektrum dem Leistungsvermögen anzupassen. Die Vorstellung, einen immer weiter aufgeblähten Sozialstaat mit höheren Steuern bezahlen zu können, ist abwegig. Selbst konfiskatorisch hohe Steuersätze würden nicht so viel einspülen wie ausgezahlt werden müssen. Nahezu die Hälfte des Bruttosozialprodukts werden in Deutschland bereits durch die Sozialbürokratie umverteilt. Ist das noch nicht genug?

7. Die Anklageschrift wirkt gerade wegen ihrer Einseitigkeit und ihrer dogmatischen Überfrachtung wenig überzeugend. Natürlich haben die Regierenden Fehler gemacht, natürlich vertreten die Banker auch ihre Interessen, natürlich produziert das marktwirtschaftliche System Ungerechtigkeiten. Aber es zeugt nicht gerade von hohem intellektuellem Niveau, alle Leistungen der im Staat Verantwortlichen, alle Verdienste der Finanzindustrie, alle Wohlstandsgewinne und Verteilungserfolge in den entwickelten Ländern wie in anderen Regionen des Erdballs gänzlich auszublenden.